

Kreuzweise queer: Eine Einleitung

Engel, Antke; Schulz, Nina; Wedl, Juliette

2005

<https://doi.org/10.25595/3053>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Engel, Antke; Schulz, Nina; Wedl, Juliette: *Kreuzweise queer: Eine Einleitung*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 14 (2005) Nr. 1, 9–22. DOI: <https://doi.org/10.25595/3053>.

Queere Politik: Analysen, Kritik, Perspektiven

Kreuzweise queer: Eine Einleitung*

Antke Engel, Nina Schulz, Juliette Wedl

Wie lässt sich etwas zu queer schreiben, ohne den Begriff als undefinierbar zu definieren? Wie kann eine Skizze queerer Politiken aussehen, ohne ACT UP zu nennen oder Identitätspolitik zu kritisieren? Wie lässt sich queere Theorie präsentieren, ohne dass Judith, Sex, Gender und Begehren sich die erste Zeile teilen? Wie liest sich ein Text, der doch nicht ohne Verweise auf ebendiese Schauplätze auskommt und dennoch einen anderen Blickwinkel auf queere Theorie und Politiken vorschlägt?

Die Antworten auf diese Fragen, selbst wenn sie queer-like, provisorische und kontextuelle wären, sind alles andere als vorhersehbar. Wenn dieser Schwerpunkt den Effekt eines chinesischen Glückskekses hätte, der, obwohl er den wenigstens schmeckt, beim Öffnen eine gewisse Aufregung produziert, beim Lesen das Begehren weckt, sich danach zu fragen, was der weise Spruch mit der aktuellen Lebenssituation zu tun hat und dessen Anwendbarkeit flugs getestet wird, wäre schon einiges getan. Auch wenn queere Überlegungen und Praxen selten versuchen, den universalistischen Wahrheitsgehalt von Glückskeksen zu reproduzieren.

Wechselseitige Durchkreuzungen der Herrschaftsrelationen

Ein Rückblick auf über 15 Jahre queerer Theorien und Politik offenbart weltweit in unterschiedlichen lokalen Kontexten ein breites, kontroverses und transdisziplinäres Feld der Theoriebildung sowie ein heterogenes Feld der politischen Praxis. Mit diesem Heft möchten wir ein spezifisches Verständnis von queerer Theorie stark machen, das uns geeignet scheint, nicht nur diese interne Heterogenität anzuerkennen, ohne Machtdifferenzen im Sinne einer „multikulturellen Vielfalt“ zu negieren, sondern auch gesellschaftskritisch ein Denken der Durchkreuzung (intersectionality) von Herrschaftsverhältnissen zu ermöglichen. Queere Theorien und Politik sind – nicht zuletzt auch für feministische Politikwissenschaft – deshalb interessant, weil sie jegliche Form von Identitätskonstruktion und -politik kritisieren und sich gegen normative Verallgemeinerungen und Wahrheitsbehauptungen ebenso wie gegen die Vereinheitlichung einer politischen Bewegung wenden. Sie fordern geradezu die Entwicklung widersprüchlicher und unvereinbarer Positionen, verbunden mit dem Ziel, produktive Auseinandersetzungen zu führen und diese in solidarische Praxen münden zu lassen.

Die Normen der Heterosexualität und der Zweigeschlechtlichkeit stellen zwar wiederkehrende Referenzpunkte queerer Analyse dar, doch wird deren Bedeutung für die Herausbildung von Subjektivitäten, sozialen Beziehungen, kulturellem und wissen-

schaftlichem Wissen sowie gesellschaftlichen wie politischen Verhältnissen auf unterschiedliche Weise problematisiert. Queere Theorien können sich nicht auf ein isoliertes Denken von sex/gender, Sexualität und Begehren bzw. auf Regime normativer Heterosexualität und Geschlechterbinarität beschränken. Vielmehr zielen sie darauf, diese Strukturen im komplexen Ineinandergreifen diverser sozialer Differenzkategorien zu verstehen. Gerade wegen ihrer Kritik an Identitäts- und Ausschlusslogiken sind Queer-Ansätze geeignet, eine sich durchkreuzende Komplexität von Herrschaftsverhältnissen zu problematisieren.

Nichtsdestotrotz geht es queeren Theorien darum, Differenzen zu benennen und Artikulationsräume für nicht-normgerechte oder dissidente Geschlechter und Sexualitäten zu schaffen. Es geht darum, Differenz in Form von Zuschreibungen und Kategorisierungen zurückzuweisen, aber zugleich Anspruch darauf zu erheben, Unterschiede zum Ausdruck zu bringen und sozial anerkannt zu finden.

Die Überzeugung, dass Definitionen und Kategorisierungen herrschaftssichernde Grenzziehungen, Hierarchien sowie Ein- und Ausschlüsse produzieren, bedeutet auch innerhalb der *community* Auseinandersetzungen um Machtverhältnisse wie Rassismus, schwule Dominanz, Klassenignoranz oder -ausgrenzung und Vereinnahmung von trans- und bi-Positionen auszufechten. Angestrebt wird, mit Machtdifferenzen so umzugehen, dass sie herrschaftskritisch produktiv werden können. Doch auch in queeren Zusammenhängen reicht die Palette der politischen Ziele von einer rechtlichen und sozio-ökonomischen Anerkennung bis zur Unterwanderung oder zum Umsturz bestehender Verhältnisse.

Queer Theory meets Feminism

Grundlegend für einen queer-theoretischen Ansatz ist eine Denaturalisierung von Sexualität und Geschlecht(skörpern). Sie werden nicht als natürliche Gegebenheit hingenommen, sondern als Effekte von Regulierungs- und Herstellungsverfahren begriffen. Gefragt wird nicht nur danach, mittels welcher (Macht-)Mechanismen Sexualität und Geschlecht hervorgebracht, sondern auch, inwiefern sie ihrerseits konstitutiv wirksam werden. Hiermit knüpfen queere Theorien an frühere Sexualitätspolitiken an. Sowohl Frauen- und die sexuellen Emanzipationsbewegungen als auch feministische und lesbisch/schwule Theorie haben Geschlecht und Sexualität als historische, gesellschaftliche und politische Kategorien sichtbar gemacht und bereits seit den 1960er Jahren die unreflektierte Selbstverständlichkeit von Heterosexualität und die heterosexuelle Verfasstheit gesellschaftlicher Strukturen und Verhältnisse problematisiert (Rubin 1975, Weeks 1985, Rich 1991, Wittig 1992, Vance 1992). Weitgehend unhinterfragt blieb jedoch die Natürlichkeit der binären Geschlechterdifferenz und der Zwang, innerhalb dieser Binarität eine eindeutige Geschlechtlichkeit auszubilden. 1990 provozierte Judith Butler mit ihrer These, dass auch die Unterscheidung von exakt zwei, einander ausschließenden Geschlechtern politisch betrachtet, also auf sozio-kulturelle Prozesse ihrer Hervorbringung hin analysiert werden können – der Femi-

nismus hierauf aber deshalb verzichtet hat, weil die Behauptung einer universellen patriarchalen Unterdrückungsordnung auf dieser Unterscheidung gründet.

Heteronormativitätskritik revisited

Queere Theorien haben von Anfang an nicht nur gefragt, welche Bedeutung normative Heterosexualität und rigide Zweigeschlechtlichkeit für die Individuen und sexuelle Beziehungen haben, sondern wie gesellschaftliche Verhältnisse und Strukturen gemäß heterosexueller Normen organisiert und diese grundlegend in sie eingeschrieben sind (Butler 1990, Warner 1993). Dieses Verständnis von (Hetero-)Sexualität als normatives gesellschaftliches Strukturierungsprinzip wird mit dem Begriff der Heteronormativität gefasst. Untersucht wird demgemäß, wie Grundannahmen über Sexualität und Geschlecht(skörper) soziale Institutionen und das Gesellschaftliche (in Form öffentlicher Diskurse, Praktiken und Institutionen) informieren und hervorbringen. Somit erscheint beispielsweise der Staat nicht mehr ausschließlich als sexualpolitisch regulierende Instanz, sondern es kann gezeigt werden, wie Konzepte und Organisationsweisen des Staates auf heteronormativen Annahmen gründen und diese konstituieren (Richardson/Seidmann 2002). Queere Theorien und Politik verschieben den Fokus weg von der Sexualität hin auf das Funktionieren dominanter gesellschaftlicher Paradigmen und Institutionen. Sie fragen beispielsweise, wie eine moderne Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit, eine (spät-)moderne Vorstellung des/der individualisierten Konsumenten-Bürgers bzw. -Bürgerin oder die Institution rassistischer StaatsbürgerInnenschaft auf der Normalisierung heterosexualisierter, zweigeschlechtlicher Existenzweisen beruhen.

Wir schlagen vor, den mittlerweile zu einem Schlagwort avancierten Begriff der Heteronormativität so zu schärfen, dass er ermöglicht, eine Durchkreuzung verschiedener Herrschaftsverhältnisse zu denken. Queer-theoretisch betrachtet gilt es, erstens Heteronormativität als herrschaftsanalytische Kategorie einzusetzen und sie zweitens im Zusammenspiel mit anderen Regimen der Normalisierung, der Hierarchisierung, der Grenzziehungen und Ausschlüsse zu untersuchen. Subjektivitäten und soziale Machtrelationen kommen insofern mit ins Spiel, als dass – im Anschluss an Foucault und Althusser – ein wechselseitiges Ineinandergreifen von Subjektivierungsweisen und Herrschaftsformen konstatiert wird (Engel 2003, Wagenknecht 2003, Woltersdorff 2004). Sie bleiben jedoch gebunden an eine herrschaftsanalytische Perspektive. Diese Zuspitzung scheint insbesondere für eine deutschsprachige Rezeption der *Queer Theory* charakteristisch (Genschel 1996, Genschel u.a. 2001, Hark/Genschel 2003, Wagenknecht 2004). Corinna Genschel (1996) schreibt beispielsweise, dass *Queer Theory* „heterosexuell begründete und Heterosexualität begründende Herrschaft“ erklären will. Damit wird der Begriff gegenüber vielen queeren Verwendungsweisen zwar verengt, gewinnt aber an analytischer Schärfe. In Erweiterung dessen kann Heteronormativität als herrschaftskritische Kategorie so gefasst werden, dass hierbei Sexualität weder Ausgangs- noch Mittelpunkt der Analyse sein muss, je-

doch deren konstitutive Wirksamkeit für Subjektivität und Soziales sichtbar wird. Behauptet ist damit ein Ineinandergreifen, aber auch eine relative Autonomie aller Herrschaftsformen¹, die offen lässt, dass sich durchaus unterschiedliche Konstellationen ausbilden können, z.B. auch solche, die über das Zusammenspiel von Rassismus und Homophobie funktionieren, während der Geschlechterdiskriminierung unter Umständen nur eine marginale Rolle zukommt.

***Intersectionality*: Komplexität und relative Autonomie von Herrschaftsverhältnissen**

Die relative Autonomie der Herrschaftsverhältnisse ist u.E. in einer komplexen und wechselseitigen Durchkreuzung zu denken. Brigitte Kossek (1996) schlägt Durchkreuzung als Übersetzung des englischen Begriffs *intersectionality* vor, der seit den 1980er Jahren im Kontext antirassistischer und postkolonialer Theorien eine wichtige Rolle spielt. Er verweist darauf, dass die unterschiedlichen Kategorien sozialer Differenzierung wie Klasse, Geschlecht, Sexualität und „Rasse“² entlang derer sich gesellschaftliche Beziehungen hierarchisch strukturieren, nicht unabhängig voneinander gedacht werden können. In ihrem Zusammenspiel wirken sie nicht additiv aufeinander ein, sondern sind miteinander verschränkt. Auch Judith Butler (1993, 18) spricht sich dafür aus, ein solches Modell sich überkreuzender Unterdrückungsverhältnisse einzusetzen und nach ihrer wechselseitigen Artikulation zu fragen. Dies erfordere ein Verständnis der Macht als vieldimensional und dynamisch: Macht kann demnach weder so verstanden werden als folge sie einem universellen Prinzip, das sich in allen Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnissen ausfindig machen ließe, noch so, dass es ein Machtzentrum oder einen Ursprungsort gäbe, von dem aus die Macht sich ausbreite. Wir schlagen vor, den Begriff der *intersectionality* im Sinne einer Durchkreuzung von Herrschaftsverhältnissen und Machtrelationen und nicht von Identitätspositionen zu verwenden. Andernfalls kann ein Verständnis verdinglichter (reifzierter) Identitätsmomente bestehen bleiben, die zwar unterschiedlich angeordnet, aber die nicht als Effekt ihrer gegenseitigen Konstitution betrachtet werden. Dies hätte zur Folge, soziale Differenzkategorien von einer Herrschaftsanalyse zu entkoppeln und als „Identitäten“ zu fassen: Der Blick auf Mechanismen der Identitätskonstruktion geht verloren und es wird nicht thematisiert, dass diese Mechanismen sich als Durchkreuzung von Herrschaftsrelationen und nicht von Identitäten vollziehen. Der Effekt wäre ein buntes Multikulti-Nebeneinander, das nicht fragt, inwiefern die Heterogenität konfliktuell und machtdurchdrungen ist.

Im Rahmen der Arbeit an diesem Heft haben wir den Eindruck gewonnen, dass sich zwei, wenn auch nicht krass geschiedene, so doch unterschiedliche Formen finden, die Durchkreuzung von Herrschaftsverhältnissen zu denken. Die eine Perspektive setzt darauf, möglichst genaue, d.h. für den jeweiligen politischen Kontext und die jeweilige geo-historische Situation passende Kennzeichnungen der Bedingungen zu leisten (z.B., indem der rechtliche Status, die ökonomische Absicherung, der Bildungsstand,

die subkulturelle Vernetzung etc. einer Person beschrieben wird). Positionalität wird so als Knotenpunkt unterschiedlicher Machtachsen bestimmt. Die andere Perspektive versteht Durchkreuzung als ein Modell der gegenseitigen Artikulation von Machtrelationen, die sich gegeneinander verschieben, widersprechen, unterlaufen oder verstärken können. Demgemäss beinhaltet der Blick auf ein bestimmtes Segment der komplexen Machtverflechtungen immer auch die Thematisierung bzw. De-Thematisierung anderer Machtrelationen (z.B. entsteht ein unterschiedliches Bild, ob das Weiß-Sein einer Lesbe oder das Lesbisch-Sein einer Weißen thematisiert wird). Positionalitäten erscheinen hier eher als das Ergebnis wechselnd eingenommener Perspektiven, die jeweils unterschiedliche Konstellationen der Komplexität sichtbar machen. Keine der beiden Perspektiven läuft darauf hinaus, Positionalität als eine fixe, onto- bzw. soziologische Position zu verstehen. Beide fassen sie als ein Gefüge dynamischer Relationen.

Der Begriff der Positionalität fordert in diesem Zusammenhang den Umgang mit Machtdifferenzen und Verantwortlichkeit (accountability) ein, um die Machtverhältnisse aufzudecken, in die jemand verwickelt ist (Braidotti 2002, 12). Er fungiert damit nicht allein als analytische, sondern als politisch-ethische Kategorie, die angesichts einer dynamischen Komplexität sich durchkreuzender Herrschaftsrelationen konkrete Handlungsentscheidungen begründen und eine relativistische Beliebigkeit verhindern kann.

Wir möchten hier beispielhaft auf drei Ansätze verweisen, die Heteronormativitätskritik explizit in einem Feld sich wechselseitig durchkreuzender Herrschaftsrelationen ansiedeln. Sie verdeutlichen, wie das Ausgehen von spezifischen Positionalitäten geeignet ist, in makropolitische Auseinandersetzungen z.B. mit Staatlichkeit, Nationenbildung, globalen ökonomischen Verflechtungen und Migrationsregimen zu münden. Jacqui Alexander und Chandra T. Mohanty (1997) erklären die Prozesse der Heterosexualisierung als grundlegend für Konzepte der BürgerInnenschaft, der Nationenbildung und vorherrschender Demokratiemodelle. Im Rahmen ihrer Analyse von Rekolonialisierungsprozessen im Kontext eines transnationalen Kapitalismus und postkolonialer Nationenbildung fragen sie, wie citizenship als heterosexuell konstruiert wird und weiße Heteromaskulinität selbst dann noch ihre Definitionsmacht durchsetzt, wenn sie in die Krise gerät. Encarnación Gutiérrez Rodríguez (1999) analysiert das Ineinandergreifen von Prozessen der Subjektkonstituierung und staatlicher bzw. ökonomischer Herrschaft im Kontext der Migration. Sie verwendet das Konzept der Positionalität im Rahmen einer Politik der Örtlichkeit. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass Prozesse erzwungener und strategischer Verortungen und Entortungen gegeneinander ausgespielt werden. Sie analysiert Möglichkeiten dessen, wie sich darin widerständige Potentiale ausdrücken können. Des Weiteren schlägt Gutiérrez Rodríguez (2003, 27) in Anlehnung an Gloria Anzaldúa vor, queer „als eine Subjektposition (zu verstehen), die als Knotenpunkt unterschiedlicher kultureller Hintergründe und geo-politischer Positionierungen entsteht“ und in binäre Logiken einbricht.

Das Interesse, dass Gutiérrez Rodríguez für politische Veränderungsprozesse unter Herrschaftsbedingungen an den Tag legt, wird auch von Arnaldo Cruz-Malavé und Martin F. Manalansan IV (2002) sowie den AutorInnen des von ihnen herausgegebenen Bandes *Queer Globalizations* geteilt. „Queerness is global by now“ heißt es in der Einleitung. Die Globalisierung von queer wird direkt an die kapitalistische Ordnung und Kommodifizierungsprozesse geknüpft. Anstatt dies ausschließlich als Enteignung zu interpretieren, sehen sie hierin auch den Anlass für queere Widerstandsmöglichkeiten und globale Koalitionen. Hervorgehoben wird, dass das Agieren in dieser widersprüchlichen Komplexität auch bedeutet, sich mit rassistischen Ereignissen und Strukturen – nicht zuletzt innerhalb queerer Kontexte – zu befassen. Die Heterogenität, die sich aus globalen Migrationsbewegungen im Allgemeinen und einer Globalisierung von queer im Besonderen ergibt, ist nicht als bunte Vielfalt zu verstehen sondern als ein Prozess, in dem weiße Dominanzpositionen unterlaufen werden können. Sie ist bedingt durch und bewirkt Machtrelationen und Herrschaftseffekte. Wenn Cruz-Malavé und Manalansan sich gegen eine Vereinheitlichung queerer Konzepte, Politik und Bewegungen aussprechen, so tun sie dies auch, um die beunruhigenden Potenziale cross-kultureller Interaktionen nicht zu entschärfen.

In der weißen queer-feministischen Debatte finden sich von Anfang an Verweise darauf, dass queere Theorien sich nicht auf ein isoliertes Denken von Geschlecht und Sexualität beziehen, sondern diese explizit im komplexen Ineinandergreifen diverser sozialer Differenzkategorien zu verstehen sind (Butler 1990, Hark 1993, Phelan 1997, Genschel u.a. 2001, Engel 2002). Oft erscheinen diese Darlegungen jedoch als programmatische Formulierungen, die keine systematische Umsetzung erfahren. Im Anschluss an die „korrekte“ theoriepolitische Einbettung wird entschieden, den Fokus doch auf Geschlecht und Sexualität zu legen. Zwar wird teilweise gezeigt, wie diese von anderen Achsen durchkreuzt sind, aber es wird darauf verzichtet, den Fokus im Verlaufe des Textes zu wechseln und beispielsweise im nächsten Schritt Klasse und im übernächsten „Rasse“ ins Zentrum der Auseinandersetzung zu rücken. Eine solche wechselnde Multi-Perspektivität wird in der Regel nur von solchen TheoretikerInnen vorgenommen, die selber Erfahrungen der Mehrfachunterdrückung machen (Gutiérrez Rodríguez 1999, Bandau 2004, Perko 2004). Zu Recht wird daher beklagt, dass queer sowohl rassistische Ausschlüsse als auch eine Mittelschichtsdominanz reproduziert (El-Tayeb 2004). Der selbst gestellte Anspruch, eine Komplexität von Herrschaftsverhältnissen zu denken und analytisch zu erfassen, geschweige denn zu verändern, wird nicht erfüllt.

Eine kritische Auseinandersetzung müsste sich u.E. solchen Fragen widmen, wie der nach dem jeweiligen Zugang zu gesellschaftlichen Privilegien, zu umfassenden sozialen und politischen Rechten sowie zu sozio-ökonomischen und kulturellen Ressourcen. Mit Bezug auf eine Komplexität von Macht- und Herrschaftsverhältnissen bedeutet dies, dass wechselnde Konstellationen der Machtdifferenz, der Unter- und Überordnungen entstehen, deren jeweilige Stabilität oder Anfechtbarkeit sich nicht

beliebig gestaltet. Unterschiedliche Positionen und die sich zwischen ihnen entfaltenden Machtdynamiken stellen den Kontext dar, aus dem heraus sich Motivationen für politische Veränderungen entwickeln. Wenn in einem spezifischen politischen Kontext unterschiedliche Ausmaße an Definitions- und Gestaltungsmacht, an Repräsentationsmöglichkeiten und Sprechpositionen aufeinander treffen, führt dies zu Konflikten. Eigene Privilegien in Frage zu stellen und den Zugang zu sozialen und politischen Rechten zu teilen heißt dann auch, Unterschiede für gesellschaftliche Veränderungsperspektiven und nicht nur für die eigenen Interessen produktiv zu machen. Die innewohnende Konflikthaftigkeit als produktiv für die politische Praxis anzusehen ist nicht zuletzt eine wesentliche Voraussetzung dafür, Herrschaftsverhältnisse zu analysieren und unter Bedingungen von Machtdifferenzen miteinander arbeiten zu können.

Queere Politikformen

Queere Politik ficht die traditionelle Opposition von Theorie und Praxis an. Geschlechter- und sexualitätspolitische Kontroversen werden sowohl im Kontext der Theoriebildung als auch in Bewegungen ausgefochten und inspirieren sich gegenseitig. Queere Theoriebildung ist insofern ein Phänomen, das sich auch im Kontext politischer, kultureller und künstlerischer Praxis vollzieht. Nicht zuletzt bringen die Alltagskämpfe theoretische Reflexionen hervor und werden darin politisch. Ohne einen Anwendbarkeitstest in der politischen Praxis können queere Theoriebildungen keine Relevanz produzieren (Goldman 1996) – oder, wie Jacobsen (1998, 529) vorschlägt: „Queer is as queer does“.

Grundsätzlich bricht queer mit der Vorstellung, dass hegemoniale Institutionen, gesellschaftliche Lobbygruppen oder eine Instanz im subkulturellen Kontext, Monopol- und Antwortansprüche auf bestimmte Fragestellungen wie Nation, Sexualität, Rassismus, Geschlecht(skörper) und Kapitalismus besitzen. Queere Politiken verkörpern hier einen Störfaktor, der zentrale Auslassungen auf einer analytischen und politischen Ebene als Ausgangspunkte der eigenen Politik definiert. Queere Politiken propagieren daher keine klassische Oppositionspolitik, die sich zum Ziel gesetzt hat, in „das“ grundlegende Herrschaftsverhältnis einbrechen zu wollen. Ebenso wenig kann es aus queer-feministischer Perspektive darum gehen, einzig und allein Forderungen an den Staat zu stellen (Bower 1997, Beger 2004). Letzteres würde einen stetigen Rückgriff auf stabilisierende Identitätskategorien voraussetzen, die wiederum in den Prozessen der Anerkennung und möglichen Institutionalisierung neue Ein- und Ausschlüsse produzieren. Dies würde ein Mehr an sozialen und politischen Rechten für Einige mit einem Weniger an Rechten für Andere bedeuten. Stattdessen gilt es, einer Auffächerung von Ausgangspunkten für politische Praxen und einer Vervielfältigung letzterer zu begegnen sowie Raum zu geben, ohne darin einer Beliebigkeit oder Handlungsunfähigkeit zu verfallen.

Das konsequente Zusammendenken eines gesellschaftskritischen Verständnisses von

queer und die Erweiterung des Begriffs des Politischen ermöglicht dagegen ein ausgedehntes *queering* von Politik und im gleichen Atemzug eine Politisierung von queer zu betreiben. Die so entstehende Wechselwirkung ist dabei als sich ständig verändernder Ausgangspunkt für weiter andauernde Auseinandersetzungen zu verstehen.

Politisieren von Alltag und Öffentlichkeit

Queere Politiken zielen häufig auf eine Politisierung des Alltags. Im Alltag artikulieren sich soziale Kämpfe. Gleichzeitig ist der Begriff des Alltäglichen einer, der permanent gestaltet und umgewandelt werden muss und zugleich bereits durch gesellschaftliche Machtverhältnisse vorgeformt ist. Widerständige Alltagspraxen als soziale Kämpfe zu begreifen, beinhaltet einen Angriff auf bestehende Herrschaftsverhältnisse, auf gesellschaftliche Hegemonien und Interventionen in normative Gefüge, die verändert werden sollen. Queer-politische Praxen wie *Kiss-Ins*³, *Queer-Nights-Out*⁴ und die Aneignung öffentlicher Park- und/oder Toilettenanlagen als *Cruising Grounds*⁵ sind Beispiele queerer Politiken, die demonstrieren, wie ein als öffentlich definierter Raum nicht nur von Heteronormativität durchzogen ist, sondern diese auch hervorbringt (Berlant, Freeman 1993, Bower 1997). Sexualität ist damit keine reine Privatangelegenheit.

Die Trennung in öffentlich und privat unterliegt im Rahmen kapitalistischer Globalisierungsprozesse und neoliberaler Umstrukturierungen erneut einem Wandel. Etablierte Grenzziehungen verschwimmen und definieren sich neu. Ein Ausdruck dieser Ökonomisierung des Sozialen ist auch die Tendenz, Öffentliches zu privatisieren. Queere Politiken richten sich gegen neoliberale Entwicklungstendenzen, indem das neu Privatisierte wiederum als Öffentliches und Politisches bestimmt wird. Nicht nur neu privatisierte Bereiche, sondern auch die seit je her als privat definierten Orte werden so in Form eines *reclaiming* rückangeeignet (Shepard/Hayduk 2002).

Selbstbezeichnung und Selbstartikulation als queer-politische Intervention

Traditionelle Repräsentationspolitiken, die auf hegemoniale Kategorisierungen zurückgreifen und damit identitäre Zuschreibungen verfestigen, werden von queer kritisiert. Als Alternative zu diesem Sprechen für und Repräsentieren von bietet Jacob Hale (1998) Selbstartikulationen als queer-politische Interventionen an, ohne eine Unterwerfung unter die hegemoniale Ordnung vorauszusetzen. Daraus können sich Möglichkeiten politischen Handelns entwickeln, die nicht an eine vorherige Anerkennung als politisches Subjekt oder an eine sozio-kulturelle Integration gebunden sind, welche durch die Vorgaben der Dominanzgesellschaft bestimmt wäre. Dieses politische Handeln als Intervention ins Öffentliche intendiert, die öffentlich verfügbaren Bilder und Diskurse (performativ) zu verschieben, zu verUneindeutigen (Engel 2002), zu entprivilegieren (Genschel 1996), zu unterlaufen und zu destabilisieren. Darunter fallen auch symbolische Politiken, die bewusst Begriffe neu erfinden oder neu besetzen sowie spezifische Bezeichnungspraxen. Eine solche Entscheidung für

eine unkonventionelle Sprachpolitik findet sich teils in den Artikeln dieses Schwerpunktes. Entgegen des Trends vieler populärer Auslegungen queerer Politiken, sind die daraus resultierenden Politiken nicht als rein subjektivistisches Moment zu begreifen.

Queer charakterisiert in subkulturellen Kontexten auch einen Moment der Selbstbezeichnung. Diese funktioniert in der Regel nicht im Sinne einer stabilen, eindeutig definierten und durch Abgrenzung von anderen bestimmten Identität. Vielmehr handelt es sich um ein Selbstverständnis, das Identitätskritiken in sich aufgenommen hat sowie eine Heterogenität sozialer Subjektivitäten befürwortet (Perko 2004). Es erkennt an, dass die Andersheit der Anderen nicht angeeignet werden kann und es kein Eigenes ohne Andere(s) gibt. Wenn sich beispielsweise Teilnehmende an internationalen Queeruption-Treffen⁶ als „radical queers“ bezeichnen, spiegelt dies wider, inwiefern queer als Ausdruck einer dissidenten Lebens- und Beziehungsform gesellschaftliche Erwartungen in Bezug auf sex, gender und Begehren bewusst enttäuscht.

Queer, *queer of colour* oder *trans queer* sind Begriffe, die als Selbstbezeichnung verwendet werden, um Subjektivitäten auszudrücken, die bislang nicht repräsentierbar sind. Dabei geht es weniger um eine Kategorie, sondern um die Erfindung von Repräsentationen sowie die Entwicklung von Repräsentationsstrategien, die das bislang Nicht-Darstellbare zur Darstellung bringen. Im Sinne eines „Namens“ wird es damit möglich, Singularitäten zum Ausdruck zu bringen; als „Name“ dienen diese Bezeichnungen aber zugleich als Einschreibungen in das vorherrschende sozio-kulturelle und politische Feld und dessen Regeln der Namensgebung. Wenn queer in diesem Prozess nicht zu einer normativen Identitätskategorie mutieren soll, gilt es, die Momente der Nicht-Integrierbarkeit, der Anfechtung, des „Dazwischen“, der Überschüsse immer wieder mit zu artikulieren.

Permanent struggle

Es gibt etwas, das queer – weder in der Theorie noch in der Praxis – nicht sein sollte: vorhersehbar. Zu eben dieser Vorhersehbarkeit tendieren jedoch die meisten Artikel zu queeren Politiken, indem sie häufig mit einem Plädoyer für neue Koalitionspolitiken enden. Aus der Perspektive von Durchkreuzungsansätzen erscheint uns die Fokussierung auf Koalitionen nicht unbedingt nahe liegend. Denn Koalitionen bedeuten eine – wenn auch vorläufige und kontextuelle – Einigung auf ein gemeinsames Ziel, einen Konsens, die ein provisorisches „wir“ stiften sollen. Oft genug werden so Konflikte und Heterogenität nach außen verlagert. Durchkreuzungsansätze hingegen machen es erforderlich, Modelle des Politischen zu formulieren, die die Heterogenität und Konflikthaftigkeit als unhintergebares und inhärentes Moment der politischen Praxis anerkennen. Die (Macht-)Differenzen und Kontroversen treten nicht nur im Verhältnis zu „politischen GegnerInnen“ auf, sondern durchziehen die jeweiligen Initiativen, Bewegungen und nicht zuletzt die einzelnen Subjekte selbst. Diese Verkomplizierung politischer Verhältnisse muss jedoch durch den Verweis auf Machtrelatio-

nen explizit hervorgehoben und thematisiert werden, sollen sie nicht in Relativismus münden.

Janet R. Jakobsen (1998) kritisiert die Undifferenziertheit, mit der sich queerer Widerstand gegen „die Norm“, „Normalisierungen“, „Heteronormativität“ und „die Regime des Normalen“ (Warner 1993) richtet. Da nicht jede Äußerung von Widerstand per se progressiv sei, fordert sie eine Überarbeitung der grundlegenden Konzepte, auf die sich queerer Aktivismus bezieht. Die Aufgabe von queerer Theorie sei es, die Beziehungen zwischen einem Set an Normen, einem Machtregime der Normativität sowie den Prozessen und der Durchsetzung von Normalisierung zu analysieren (Jakobsen 1998, 517).⁷ Es stellt sich die Frage, wie der Widerstand in der Konsequenz hinsichtlich einer Intervention in dieses komplexe Feld aussehen kann. Hegemoniale Politiken, die sich als dominante Definitions- und Gestaltungsmacht gesellschaftlicher Institutionen, Politiken und Programmatiken ausdrücken, werden in den Mittelpunkt gerückt. Es gilt, den Blick nicht nur auf Normen und Normalitäten zu richten, sondern auf den Prozess, wie diese hegemonial werden und sich stabilisieren oder sich in einer spezifischen Logik des Ineinandergreifens von Subjektivierungsweisen und Regierungsformen ausdrücken.

Von einem Durchkreuzungsgedanken auszugehen bedeutet, die jeweilige Artikulationssituation auf ihre Verfasstheit, Machtpositionen, Leerstellen und das Nichtartikulierte hin zu befragen. Die Herausforderung besteht darin, statt Binaritäten und Oppositionen, Gleichzeitigkeiten und Paradoxien zu denken und zu praktizieren. Rückübersetzt in das Feld sexueller Politiken bringt uns das zu der wohlbekannten Formel: „We are here, we are queer, get used to it!“. Dies bezieht sich auf eine Politik, die nicht um Toleranz oder Anerkennung bittet oder auf Zugeständnisse wartet, sondern sich ihren Teil nimmt und beansprucht, Repräsentationen zu gestalten und soziale Praxen zu erfinden (Bower 1997). Ein solches Politikverständnis erweist sich als kompetent in politischer Partizipation, sogar unter Bedingungen des sozialen Ausschlusses oder der Ungerechtigkeit, weil es Konflikt und Konfrontation als produktive Momente gesellschaftlicher Veränderung ansieht (Engel 2002).

Queering politiktheoretischer Felder: Die Beiträge dieses Schwerpunktes

Aus diesen Auseinandersetzungen mit Politik und Theorie ergeben sich neue Fragestellungen für den politiktheoretischen Bereich. Die Vielfältigkeit in Politikformen bedeutet auch, strikte Kategorisierungen und Trennungen von Politik und Alltag und von politikwissenschaftlichen Feldern in *polity*, *policy* and *politics* zu hinterfragen. Destabilisierungen und Denaturalisierungen sind kein queeres Hirngespinnst, sondern bewegen sich mitten im Feld des Politischen, was die in dieser Ausgabe versammelten Artikel demonstrieren.

Jinthana Haritaworn analysiert Weißsein in den dominanten Ursprungsgeschichten von queer und zeigt, wie die Strategie der Machtvermeidung zu rassistischen und

transphoben Auslassungen und Vereinnahmungen führt. Entgegen der Machtvermeidung ermöglicht ein Konzept der Positionalität eine Reflexion auf die Machtprivilegien von Weiß- und Nicht-Trans-Sein und eine Markierung dominanter Positionen, die normalerweise der Markierung entgehen. Ausgehend von einem Intersectionality-Ansatz fordert Haritaworn ein, die Machtverhältnisse in ihrer Komplexität zu durchdenken und queere Bewegungs- und Theoriekontexte stärker auf ihre Ausgrenzungen und Vereinnahmungen in Bezug auf „trans queer of colour“-Theoretisierungen und Positionierungen zu hinterfragen.

Der Beitrag von *Monika Mayrhofer* untersucht, inwiefern (hetero-)sexuelle Normen in die Verfasstheit der Europäischen Union (EU) eingelassen sind. Generell präsentiert sich die EU gegenüber Sexualitäten, die von der heterosexuellen Norm abweichen, als liberal. Dennoch zeigt die Analyse der Staatlichkeit der EU und des Konzeptes der UnionsbürgerInnenschaft, dass Heterosexualität im Integrationsprozess der Mitgliedstaaten in das supranationale Staatengebilde fundamental eingeschrieben ist und spezifische In- und Exklusionsmuster ausbildet. In dem Prozesscharakter, der mit der Ausweitung von einer wirtschaftlichen zu einer politischen Gemeinschaft verbunden ist, sieht Mayrhofer Chancen für queere Interventionen.

María do Mar Castro Varela und *Nikita Dhawan* zeigen anhand der Rezeption des Films *Fire*, wie in einem komplexen widerstreitenden Spannungsfeld verschiedene Kräfte inner- und außerhalb Indiens sich der politischen Kämpfe um Sexualität bedienen, um unterschiedlichste nationalistische, postkoloniale und heterosexuelle Diskurse in Bezug auf die Idee einer postkolonialen Nationenbildung zu stützen. Im Hinblick auf unterschiedliche queer-feministische Utopien kritisieren die Autorinnen die traditionelle Erzählung von Coming-Out-Politiken, die in einer postkolonialen Perspektive eine Verwandlung erfahren müssen. Gleichzeitig demonstrieren sie, wie queere Theorien und postkoloniale Theorien sich gegenseitig in die Krise bringen und bereichern können: Queere Theorien, indem sie Fragen nach Sexualität und Geschlecht(s-körpern) aufwerfen und postkoloniale Theorien, indem sie Fragen nach Staatlichkeit und Migration beleuchten.

Heike Raab lotet aus, inwieweit Ansätze der feministischen Staatstheorie, der Regulationstheorie und der Gouvernamentalitätstheorie brauchbar sind, um eine queere Staatskritik zu entwickeln. Diese soll die aktuelle neoliberale kapitalistische Transformation sowie die Janusköpfigkeit des Staates berücksichtigen. Die Kritik an Identitätspolitik erweitert sie durch die Differenzierung institutionalisierter und nicht-institutionalisierter Formen der Identitätspolitik und fragt nach dem Verhältnis von Heteronormativität, institutionalisierten Identitätspolitik und Staat. Vor dem Hintergrund der Debatte um das Homo-Ehe-Gesetz und *citizenship* erörtert Raab Möglichkeiten alternativer queerer Strategien der Homoemanzipationspolitiken, die nicht einem traditionellen Staatskonzept verhaftet bleiben.

Der Beitrag von *Adrian de Silva* und *Ilka Quirling* zeigt anhand von Asylverfahren transgeschlechtlicher Personen auf, inwieweit Gesetze und Staatlichkeit in der Bun-

desrepublik Deutschland heteronormativ und rassistisch verfasst sind. Drei Fallbeispiele machen ersichtlich, wie Asylverfahren fundamental in die hegemoniale Norm der Zweigeschlechtlichkeit verwickelt sind. Die angeblich neutrale Staatlichkeit ist als Effekt von gesellschaftlichen Machtverhältnissen einschließlich der Sexualitäts- und Geschlechternormen anzusehen. Abschließend zeigen die Autorinnen auf, wie AnwältInnen in Asylverfahren aus einer queer-feministischen Perspektive diese Setzungen der Heteronormativität im Verfahren kritisieren können und so das Problem auf Seiten der entscheidenden Instanzen angesiedelt wird.

Georg Brunner stellt die These auf, dass innerhalb queerer Politiken spätkapitalistische Verhältnisse nicht ausreichend mit Sexualität zusammen gedacht werden. Anhand ausgewählter Beispiele aus der Praxis – wie der Gruppe *Queer Nation* – und Kulturproduktion – wie queerer Romane – analysiert er, inwiefern ihren Sexualitätskonzepten ein bürgerliches Klassenverständnis inne wohnt. Dabei geht er dem Verhältnis von sexuellem Begehren und (spät-)kapitalistischen Verhältnissen und dessen Implikationen für queere Politik nach. Um der Denaturalisierung gesellschaftlicher Kategorien einschließlich der Klassenverhältnisse Rechnung zu tragen, verknüpft Brunner das Konzept der Durchkreuzung mit queerer Theorie und Politik. Dieses ermöglicht, den Zusammenhang von Sexualität und Kapitalismus zu denken ohne diesen deterministisch zu formulieren.

Jenseits eines Determinismus und dennoch (un-)vorhersehbar bleibt eins: Die hier versammelten Artikel bieten keine Formatvorlage für ein Revolutionsprogramm und verzichten – ganz im Sinne einer queeren Tradition – darauf, selber „Wahrheit“ zu verkünden. Stattdessen verhält es sich wie mit dem Glückskeks: Die Relevanz des Gelesenen für politische Praxen und Theoretisierungen führt hoffentlich zu kreativen Er-schütterungen im Alltag.

Anmerkungen

* Ohne die inspirierenden, herausfordernden und ungeduldrigen Diskussionen und Aktivitäten in queer-feministischen Zusammenhängen, die insistierenden Nachfragen, bereichernden Kürzungsvorschläge, Anmerkungen und stilistische Brillanz von Annette und Katrin und die schier unerschöpfliche Geduld von Mitbewohnerinnen, wäre dieses Heft so nicht möglich gewesen. Tausend Dank an Euch, denn die nächste Revolution wird neue Ideen und eine kreative Vorstellungskraft brauchen.

1 Beispiele von Herrschaftsformen sind u.a. Heteronormativität, Sexismus, Androzentrismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Kapitalismus.

2 Zur Verwendung des Begriffs „Rasse“ beziehen wir uns auf den Vorschlag von El Tayeb (2003, 138f.) „Es geht mir hier um ‚Rasse‘ als wissenschaftliches und politisches Konstrukt von immensen Einfluss, nicht um ‚Rasse‘ als biologische Realität. Die Erkenntnis, dass letztere nicht existiert, kann jedoch nicht allein durch die Vermeidung jeder Referenz auf Rassenkonzepte zum Allgemeinut werden. Denn so werden einerseits die enormen politischen und ökonomischen Ungleichheiten, die die soziale Wirksamkeit der Rassenhierarchie mit sich brachte und noch bringt, ignoriert, d.h. struktureller Rassismus kann nicht adäquat analysiert werden. Andererseits wird das Widerstandspotenzial sozialer Gruppenidentitäten, die sich als Reaktion auf rassische Zuschreibungen bildeten, negiert.“ Wir setzen „Rasse“ in Anführungszeichen um darauf hinzuweisen, dass

dieser Begriff im Deutschen insofern eine besondere Bedeutung hat, als dass er unweigerlich auf den Nationalsozialismus verweist, wo dieser Begriff von dominanter Seite als Ausdruck einer rassistischen Überlegenheit in Anspruch genommen worden ist.

- 3 In Anlehnung an die aufklärerischen Praktiken der Black Panther, Studenten- und Friedensbewegung wie *Teach-Ins*, *Sit-Ins*, etc. sind *Kiss-Ins* ein kollektives Erscheinen in, als besonders heteronormativ verfassten Räumen, wie einer Kneipe, einer Kirche oder einem Schulgebäude, bei dem nicht-heterosexuelle Personen einander küssen, wobei das Küssen nicht auf zwei Personen beschränkt ist sondern die ganze Gruppe erfassen kann.
- 4 *Queer-Nights-Out* bezeichnen ein kollektives Unterfangen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transpersonen, die ihr Auftreten in öffentlichen Räumen ebenso selbstverständlich und in-your-face gestalten, wie dies in heteronormativ codierten Räumen sonst von der dort anwesenden Mehrheit praktiziert wird.
- 5 *Cruising Grounds* geht auf das Englische „Cruisen“, ein Umherkreuzen zurück und verweist auf die Praxen von Sex in öffentlichen Räumen (*public sex*).
- 6 *Queeruption* ist ein selbstorganisiertes, nicht-kommerzielles und sex-positives jährliches Treffen, das bislang in San Francisco, New York, London, Berlin und Amsterdam stattgefunden hat. Es fußt auf dem DIY (do-it-yourself) Prinzip und thematisiert in verschiedenen Workshops, Parties, Filmen und Zines, wie queer als Politikform, als radikaler Lebensstil und als Utopie gelebt werden könnte.
- 7 Jakobsen (1998, 517) definiert *Normativität* als Machtfeld, als Geflecht von Beziehungen, das als Netzwerk von Normen fungiert und die Möglichkeiten und Grenzen von Handlungen gestaltet. *Normen* sind die Imperative, die eine Materialisierung ausgewählter Körper und Handlungen ermöglichen. Die Mechanismen, mithilfe derer das Normale an Normen gekoppelt wird, bezeichnet sie als Prozesse der *Normalisierung*.

Literatur

- Alexander, Jacqui M./Mohanty, Chandra Talpade (Hg.), 1997: *Feminist Genealogies, Colonial Legacies, Democratic Futures*. London, New York.
- Bandau, Anja, 2004: *Strategien der Autorisierung. Projektionen der Chicana bei Gloria Anzaldúa und Cherríe Moraga*. Hildesheim.
- Beger, Nicolas, 2004: *Tensions in the Struggle for Sexual Minority Rights in Europe: Que(e)rying Political Practices*. Manchester.
- Berlant, Lauren/Freeman, Elizabeth, 1993: „Queer Nationality“. In: Warner, Michael (Hg.): *Fear of a Queer Planet: Queer Politics and Social Theory*. Minneapolis, London, 193-229.
- Bower, Lisa, 1997: „Queer Problems/Straight Solutions: The Limits of a Politics of ‚Official Recognition‘“. In: Phelan, Shane (Hg.): *Playing with Fire. Queer politics, queer theories*. New York, 267-291.
- Braidotti, Rosi, 2002: *Metamorphoses. Towards a Materialist Theory of Becoming*. Cambridge, Oxford, Malden.
- Butler, Judith, 1990: *Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity*. New York, London.
- Butler, Judith, 1993: *Bodies that Matter. On the Discursive Limits of „Sex“*. New York, London.
- Cruz-Malavé, Arnaldo/Manalansan IV, Martin F. (Hg.), 2002: *Queer Globalizations: Citizenship and the Afterlife of Colonialism*. New York.

- El-Tayeb, Fatima, 2003: „Begrenzte Horizonte. Queer Identity in der Festung Europa“. In: Gutiérrez Rodríguez, Encarnación/Steierl, Hito (Hg.): *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*. Münster, 129-145.
- El-Tayeb, Fatima, 2004: „Rassismus als Nebenwiderspruch. Ausgrenzungspraktiken in der queer community“. *iz3w*. H. 280, 20-23.
- Engel, Antke, 2002: *Wider die Eindeutigkeit: Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Politik der Repräsentation*. Frankfurt/M.
- Engel, Antke, 2003: „Wie regiert die Sexualität? Michel Foucaults Konzept der Gouvernementalität im Kontext queer/feministischer Theoriebildung“. In: Gutiérrez Rodríguez, Encarnación/Pieper, Marianne (Hg.): *Gouvernementalität. Eine sozialwissenschaftliche Debatte im Anschluss an Foucault*. Frankfurt/M., 224-239.
- Genschel, Corinna, 1996: „Fear of a Queer Planet. Dimensionen lesbisch-schwuler Gesellschaftskritik“. *Das Argument*. 38. Jg. H. 216, 525-537.
- Genschel, Corinna u.a., 2001: „Anschlüsse“. In: Jagose, Annamaria (Hg.): *Queer Theory: Eine Einführung*. Berlin, 167-194.
- Goldman, Ruth, 1996: „Who is that Queer Queer? Exploring Norms around Sexuality, Race, and Class in Queer Theory“. In: Beemyn, Brett/Eliason, Mike (Hg.): *Queer Studies*. New York, 169-182.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación, 1999: *Intellektuelle Migrantinnen – Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung: Eine postkoloniale dekonstruktive Analyse von Biographien im Spannungsverhältnis von Ethnisierung und Vergeschlechtlichung*. Opladen.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación, 2003: „Repräsentation, Subalternität und Postkoloniale Kritik“. In: Dies./Steierl, Hito (Hg.): *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*. Münster, 17-37.
- Hale, Jacob, 1998: „Consuming the Living, Dis(re)membering the Dead in the Butch/FTM Borderlands“. *GLQ. A Journal of Lesbian and Gay Studies*. 4. Jg. H. 4, 311-348.
- Hark, Sabine, 1993: „Queer Interventionen“. *Feministische Studien*. 11. Jg. H. 2, 103-109.
- Hark, Sabine/Genschel, Corinna, 2003: „Die ambivalente Politik von Citizenship und ihre sexualitätspolitische Herausforderung“. In: Knapp, Gundrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): *Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik*. Münster, 134-169.
- Jakobsen, Janet R., 1998: „Queer is? Queer does? Normativity and the Problem of Resistance“. *GLQ. A Journal of Lesbian and Gay Studies*. 4. Jg. H. 4, 511-536.
- Kossek, Brigitte, 1996: „Rassismen & Feminismen“. In: Fuchs, Brigitte/Habinger, Gabriele (Hg.): *Rassismen & Feminismen. Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen*. Wien, 11-22.
- Perko, Gudrun/Czollek, Leah Carola (Hg.), 2004: *Lust am Denken: Queeres jenseits kultureller Verortungen*. Köln.
- Quaestio (Hg.), 2000: *Queering Demokratie: Sexuelle Politiken*. Berlin.
- Rich, Adrienne, 1991: „Zwangsheterosexualität und lesbische Existenz“. In: Schultz, Dagmar (Hg.): *Macht und Sinnlichkeit. Ausgewählte Texte*. Berlin, 138-168.